



Foto: Ignatz Igel

Stadtrat beschließt Ausschreibung

Neustart für Kölner Filmhaus

Das Filmhaus soll wieder dauerhaft zu neuem Leben erweckt werden. SPD und GRÜNE haben dem Rat am 18. Juli vorgeschlagen, die städtische Immobilie „Kölner Filmhaus“ in der Maybachstraße für den Betrieb eines Filmhauses auszuschreiben. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen. Das Haus, das von 1995 bis Mitte 2012 bereits ein Filmhaus war, soll wieder ein Ort für die Filmkunst sein. Der alte Träger „Filmhaus e.V.“ ging nach quälenden internen Streitigkeiten 2012 in die Insolvenz. Nun wollen die GRÜNEN für einen Neustart den Weg bereiten. Per öffentlicher Ausschreibung soll nun ein seriöser Träger gefunden werden, der eine langfristige Perspektive bieten kann.

Gute Aussichten

Neben dem Kino im Museum Ludwig, das vom „Filmforum NRW“ betrieben wird, können mit städtischer Unterstützung auf Dauer zukünftig zwei Spielstätten und Veranstaltungsorte für Filmkunst etabliert werden. Weiterhin unterstützt die Stadt auch den Filmclub 813, der sein Kino-Programm im städtischen Gebäude „Die Brücke“ an der Hahnenstraße veranstaltet. Dies sind insgesamt gute Aussichten für den Film in Köln.

Sie verbessern sich zusätzlich durch die technische Modernisierung für das Kino im Museum Ludwig. Der Wirtschaftsausschuss hat am 11.7.2013 beschlossen, Erträge aus der Kulturförderabgabe in 2013 für die technische Digitalisierung des Kinos

zu verwenden. Die Stadt soll dieses Vorhaben mit ca. 20.000 Euro kofinanzieren, während 80% der Investition aus einem Förderprogramm der Filmförderanstalt und Film- und Medienstiftung NRW finanziert wird.

Heimfall

Am 31.10.2012 hatte die Stadt per Dinglichkeitsentscheid den Heimfallanspruch der Stadt für die Filmhaus-Immobilie ausgeübt. Die Stadt hatte Anfang der 90er Jahre das Haus an den Mitte 2012 zahlungsunfähigen Trägerverein im Erbbaurecht übergeben. Mit dem Dringlichkeitsentscheid wurde verhindert, dass Haus und Grundstück Teil der Insolvenzmasse wurden. Der Heimfall wird nun rechtswirksam. Deshalb wollen die GRÜNEN nun keine Zeit verlieren. Es soll möglichst noch in 2013 ein neuer Träger gefunden werden, der das Haus eigenverantwortlich auf Basis eines tragfähigen Konzepts und einer neuen Erbpachtvereinbarung führen kann. Das Land NRW unterstützte Ende der 80er Jahre die Gründung eines Filmhauses im Wege der Städtebauförderung, mit der Zweckbestimmung „Begegnungsstätte und dem Schwerpunkt Film und Video“. An dieser noch wirksamen Zweckbindung knüpft die Neuausschreibung nun an.

Seriöses Konzept

Der Ratsbeschluss skizziert die notwendigen Grundlagen für den zukünftigen

Betrieb auf Basis eines Erbpachtvertrags mit der Stadt Köln. Kernbestandteil eines Betriebskonzepts soll ein kontinuierliches Filmkunstprogramm sowie ein film- und medienaffines Veranstaltungsangebot sein. Die im Haus befindlichen Büros, die nicht unmittelbar für den Betrieb benötigt werden, können dauerhaft vom zukünftigen Träger vermietet werden. Allerdings sollen dies Nutzende aus Bereichen der Filmkultur- und Filmbildung sein und eine Affinität zum Filmhaus-Konzept haben. Betreibende können mit weiteren Partnern kooperieren, doch muss die wirtschaftliche und konzeptionelle Verantwortung bei der/dem Erbaurechtsnehmenden liegen. Erträge aus Vermietung sowie die Gastronomie-Pacht stehen der/dem Erbpachtnehmenden zu, die/der ansonsten das Haus auf Basis eines belastbaren Konzepts eigenwirtschaftlich führen muss. Betriebskostenzuschüsse zahlt die Stadt nicht. Beim Erbpachtzins wird berücksichtigt, dass ein Filmhaus einen kulturpolitisch förderungswürdigen Zweck verfolgt. Ein innovatives inhaltliches Konzept und eine seriöse, belastbare Wirtschaftsplanung sind die Kernvoraussetzungen für die Vergabeentscheidung.

Zuversicht

Die Zuversicht, einen Träger für das Filmhaus zu finden, wächst. Bereits unmittelbar im Vorfeld des Ratsbeschlusses haben bereits drei mögliche Betreibende ihr Interesse bekundet.

Jörg Frank

Gescheitert

Die grüne Ratsfraktion war 2006 maßgeblich an der Neugründung der „Bühne der Kulturen“ in der Spielstätte Platenstraße beteiligt. Sie konnte eine Ratsmehrheit dafür gewinnen, einen Ort zu schaffen, an dem sich die Vielfalt der Kulturen und Künste in unterschiedlichen Ausdrucksformen entwickelt. Nach Beendigung der Förderung des früheren Arkadas-Theaters durch das Theaterförderkonzept war dies die einzige Möglichkeit, eine eigenständige städtische Förderung zu ermöglichen.

Allerdings gab es sowohl finanziell als auch personell in den vergangenen sieben Jahren viel Unruhe. Diese hat dazu geführt, dass die Bühne der Kulturen ihr künstlerisches Kerngeschäft und das vorgegebene Konzept vernachlässigt haben. Es gab in der Geschäftsführung, in der künstlerischen Leitung und im Vorstand außerordentlich häufige Wechsel und quälende innere Streitigkeiten, zudem noch langanhaltende Unklarheiten zum Mietvertrag. So war es fast zwangsläufig, dass das 2006 aufgelegte Konzept eines multi-ethnischen und spartenübergreifenden Kulturangebots immer weniger umgesetzt wurde. Trotz mehrfacher finanzieller und fachlicher Hilfestellungen der Verwaltung und teils auch der Politik ließ sich letztlich keine dauerhaft positive Entwicklung einleiten.

Trotz anders lautender Behauptungen wurde die Bühne der Kulturen bereits unmittelbar nach Anmeldung der Einstellung der Förderung ab dem Haushalt 2013/14 darüber vom Kulturstadtrat informiert. Der Rat hat am 30.4. per Haushaltsbeschluss dies mehrheitlich gebilligt.

Die Idee des Vereins, das Theater zu einem Tanzhaus zu entwickeln, erscheint auf den ersten Blick als charmante Lösung. Allerdings lässt sich dies nicht einfach umsetzen, da die bisherige Förderung für die Bühne der Kulturen ersatzlos weggefallen ist. Zudem ist dieser Vorschlag nicht kompatibel mit den vertraglich vereinbarten Fördervorgaben für die Bühne der Kulturen.

Das Scheitern des Projekts „Bühne der Kulturen“ ist bedauerlich. Denn die Idee ist nach wie vor aktuell. Positiv ist, dass die übrigen Kölner Theater den wichtigen interkulturellen Ansatz aufgreifen, z.B. durch „globalize Cologne“ und das Festival „Africologne“.

Brigitta von Bülow / Ossi Helling

Pilotversuch an Platanen

Ein Kommentar von Sabine Müller

Die Stadt Köln hat einen großen Platanen-Bestand. Ca. 12.000 stehen an Straßen, weitere ca. 2000 vornehmlich ältere Platanen in Parkanlagen, auf Friedhöfen und Spielplätzen, im Rheingarten und auf dem Neumarkt. Sie gelten als besonders robust, denn sie gedeihen auch an extremen Standorten wie viel befahrenen Straßen und vertragen längere Trocken- und Hitzeperioden besonders gut.

Nun aber verbreitet sich seit etwa zehn Jahren im gesamten mitteleuropäischen Raum ein Pilz namens „Massaria“. Vereinfacht beschrieben befällt er bevorzugt in warmen Trockenphasen geschwächte und unterversorgte Seitenäste der Platane, die ihre Bruchfestigkeit verlieren, abbrechen und so zu Personen- und Sachschäden führen können.

Viele Kommunen mussten darauf wegen der Verkehrssicherungspflicht reagieren. Sie kontrollieren häufiger als in früheren Jahren und entfernen befallene Äste. So sind in Köln die Ausgaben für beauftragte Firmen innerhalb von fünf Jahren von 40.000 € auf 500.000 € im Jahr 2011 gestiegen. Viele denkmalgeschützte Alleen sind bereits betroffen, auch die Platanenallee in der Weißenburgstraße. Dort befürchten die Bewohnenden, dass die gesamte Allee in wenigen Jahren gefällt werden muss. Als Rettungsmaßnahme fordern sie „...eine sofortige Einkürzung der Platanenkronen um bis zu 50 % sowie die regelmäßige Einkürzung der Kronen alle 4 Jahre“. Hierfür konnten sie knapp 400 Unterschriften in der Nachbarschaft sammeln.

Am 11. Juli wurde im Ausschuss Umwelt und Grün über die Durchführung eines wissenschaftlich begleiteten Pilotversuchs diskutiert, um beide Methoden – Kroneneinkürzung und Äste entfernen – in Hinsicht auf den finanziellen Aufwand und Erfolg der Eindämmung des Massaria-Befalls für Köln vergleichen zu können. Die Bezirksvertretungen werden in die Beratungen eingebunden.

Die grüne Ratsfraktion begrüßt diesen Pilotversuch. Es sei aber erwähnt, dass die Platanen durch den Massa-

ria-Pilz nicht schwer erkranken oder gar absterben. Der Abwurf von Ästen nützt den älteren Bäumen, wenn sie durch extreme Standort- und Klimabedingungen, z. B. in Trockenzeiten, unter Stress stehen. Zudem muss geklärt werden, ob die Kölner Baumschutzsatzung eine erhebliche Kroneneinkürzung erlaubt. Bereits bei den Linden am Rheinufer im Kölner Süden wurde diese Diskussion ausgiebig geführt.

Die im „Express“ veröffentlichte Visualisierung einer Weißenburgstraße ohne Bäume mag zwar viele Menschen mobilisieren, aber diese Befürchtung ist aus GRÜNER Sicht derzeit unbegründet. Zumindest sind bisher keine Fälle bekannt, in denen ältere Platanen aufgrund des Pilzbefalls abgestorben sind und gefällt werden mussten. Sollte sich im Pilotversuch herausstellen, dass eine regelmäßige Kroneneinkürzung ebenso zur Vitalisierung gestresster Platanen beiträgt wie das bisherige Verfahren und zudem preisgünstiger ist, muss sorgfältig abgewogen werden, wie der das Stadtbild erheblich prägende ältere Platanenbestand zukünftig aussehen soll. Kölner Alleen sollten nicht leichtfertig und ohne Not dauerhaft eingekürzt werden.

Sabine Müller ist Vorsitzende des Ausschusses Umwelt und Grün.



Foto: Regina Kobold

Archäologische Zone und Jüdisches Museum

Kooperation Stadt – LVR auf gutem Weg

Seit dem Leitungswechsel beim Projekt „Archäologische Zone mit Jüdischem Museum“ herrscht dort Aufbruchsstimmung. Nachdem der Fortgang in vielerlei Hinsicht lange „hakelte“, kommt nun Bewegung in das Vorhaben. Probleme werden ausgeräumt und tragfähige Ergebnisse präsentiert. Der jüngste Bericht im Unterausschuss Kulturbauten durch den neuen Projektleiter Dr. Marcus Trier und die Architekten führte bei allen, die das Projekt vorantreiben wollen, zu großem Aufatmen. Nun stellt sich auch Vorfreude auf die Realisierung ein.

Wichtiges Signal

Der Stadtrat vollzieht am 18. Juli einen entscheidenden Schritt: der Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Köln und dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) zu „Errichtung und Betrieb der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum“ wird beschlossen. Der ausgehandelte Kooperationsvertrag liegt den Gremien der Stadt Köln und des LVR vor. Der Landschaftsausschuss des LVR hat am 17. Juli seine Zustimmung erteilt. Auf beiden Seiten wird das Vorhaben von einer stabilen Mehrheit aus SPD, GRÜNEN und FDP getragen. Mit der Kooperationsvereinbarung wird noch vor der Sommerpause ein großes Ziel erreicht. Die Zusammenarbeit zwischen LVR und Stadt Köln ist nun solide aufgestellt. Dies ist ein wichtiges Signal, das die inhaltliche Bedeutung des historischen Ortes auch weit über Köln hinaus noch einmal unterstreicht.

Kulturelle Wurzeln

Als der Landschaftsverband Rheinland im November 2012 seine Bereitschaft zur Beteiligung an der „Archäologische Zone mit jüdischem Museum“ erklärte, begründete der LVR dies sehr zutreffend: „Das Projekt ist von herausragender Bedeutung für die rheinische Kultur ... Ziel ist neben der Präsentation des Bodendenkmals und der Grabungsbefunde die europaweit ausstrahlende und auf Dauer gesicherte Darstellung jüdischer Geschichte und Kultur in Köln.“

Die Einrichtung der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum ist Substanzerhalt im besten Sinne. An diesem Ort liegen Kölns bis in die Gegenwart reichende Spuren kultureller Vielfalt. Eine Stadt und eine Region, die bis heute stolz darauf ist, ihre kulturelle Vielfalt zu leben, tut gut daran, diese vielfältigen Wurzeln zu vergegenwärtigen und präsent zu halten und sich damit auch

zur multireligiösen, interkulturellen und internationalen Herkunft und Identität zu bekennen. Dies ist Grund genug, dieses Vorhaben nun zügig zu vollenden.



Foto: Oliver Mostert

In der Ratssitzung am 18. Juli beantragen CDU, Deine Freunde und Freie Wähler ein Moratorium für das Vorhaben. Würde dies tatsächlich beschlossen, wäre dies das endgültige Aus für dieses herausragende Projekt. Die Fördergelder stünden nicht mehr zur Verfügung und der LVR würde sich aus der Kooperation zurückziehen. Wer ein solches Moratorium fordert, zielt damit in Wirklichkeit auf das endgültige Scheitern des Projekts ab.

Gemeinsame Steuerung

Die Kooperationsvereinbarung sieht vor, dass die Stadt Köln den Bau finanziert und Eigentümerin der Immobilie bleibt. Der LVR entwickelt das Museumskonzept und verantwortet den Museumsbetrieb. Für die Museumsverwaltung sollen Räume außerhalb des Museums genutzt und von der Stadt finanziert werden.

Zur Prozesssteuerung werden Lenkungsreise eingerichtet, in die LVR und Stadt ihre Vertretungen aus Politik und Verwaltung entsenden. Das Museumskonzept wird unter Einbeziehung des Römisch-Germanischen Museums, des NS-Dokumentationszentrums und des Stadtmuseums erarbeitet. Auch im späteren Betrieb des neuen Museums ist ein kontinuierlicher Austausch vorgesehen, um Synergien zu nutzen und das jeweils Spezifische der einzelnen Orte hervorzuheben und zugleich das Gemeinsame im Blick zu behalten.

Alles in allem ist diese Kooperation eine ausgezeichnete Basis für ein außergewöhnliches Vorhaben.

Brigitta von Bülow

Problemdruck

Seit Monaten wird auch in Köln diskutiert, wie mit der Einwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien umgegangen werden soll. Vor allem Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) versucht ständig, die Rechte dieser EU-Bürger einzuschränken, die Grenzen dicht zu machen und „Rückführungen“ juristisch durchzusetzen. Die GRÜNEN treten für uneingeschränkte Freizügigkeit und Migration der neuen EU-Bürger/-innen aus dem südosteuropäischen EU-Raum ein.

Bezogen auf Köln existiert noch keine durchdachte städtische Handlungsstrategie zur Integration der Neubürger/-innen.

Eine relativ hohe Zahl von Einwanderern ist offiziell registriert. Am 1.3.2013 waren dies 4.966 Menschen aus Bulgarien und 4.513 aus Rumänien. Sehr schwierig gestaltet sich der Zugang zu geregelter Arbeit, ob als Selbständige oder selbständig Beschäftigte. Es blüht ein unregelmäßiger Arbeitsmarkt bis hin zum sogenannten „Arbeiterstrich“.



Foto: La-Liana / photo.de

Der Wohnungsmarkt nimmt immer weniger Zugewanderte mit geringem Einkommen auf. Wenn Vermieter und Behörden dagegen vorgehen, dass in Drei-Zimmer-Wohnungen über Wochen hinweg 20 und mehr Personen unter äußerst unwürdigen Verhältnissen wohnen, findet eine Vertreibung ins „Unbekannte“ statt.

Bei Bildungsangeboten stellt sich heraus, dass die Seiteneinsteigerklassen übertoll sind.

Zum Thema Gesundheit erklärt die Verwaltung: „Die große Mehrzahl ... hat keinen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung“.

Die grüne Ratsfraktion plädiert dafür, dass die Verwaltung einen umfassenden Sachbericht vorlegt. Unabhängig von der eingesetzten Bund-Länder-Arbeitsgruppe sollen für Köln Handlungsschritte entwickelt werden. Sinnvoll wäre es, in absehbarer Zeit die Situation in Köln und notwendige Maßnahmen in einer Fachtagung von zuständigen Ausschüssen, Verwaltung und freien Trägern zu beraten.

Ossi Helling

Rat im Rückblick

von Ratsreporter Ignatz Igel

Die 45. Sitzung des Kölner Rates am **18. Juli 2013** startete bereits um 14 Uhr bei sommerlicher Hitze und nicht minder hitzigen Reden in einer von der CDU initiierten „Aktuellen Stunde“ zum Autonomen Zentrum.

Autonomes Zentrum

CDU-Fraktionschef Granitzka forderte die „kurzfristige Räumung“ der ehemaligen KHD-Kantine in Kalk und heimschte dafür den begeisterten Beifall von FDP und pk-Rechtsextremisten ein. Er zeichnete ein Zerrbild über chaotische Zustände im „AZ“ und gewalttätige Unterstützende. Jörg Frank (GRÜNE) plädierte erneut für eine politische Verhandlungslösung und warnte davor, eine Eskalation herbeireden oder gar herbeiführen zu wollen. „Eine Stadt wie Köln, die in Hochglanzbroschüren mit ihrer Weltoffenheit, ihrer Toleranz und ihrem multikulturellem Flair wirbt, muss auch jungen Menschen, die einen selbstverwalteten und nicht-kommerziellen Raum suchen, einen solchen Platz bieten können.“, sagte Frank. Er verurteilte das Ansinnen, nun die Polizei vorschicken zu wollen, statt eine politische Lösung anzustreben. Allerdings plädierte er auch an die AZ-Unterstützenden, gewaltfrei zu agieren. Drohgebärden gegenüber Kommunalpolitikerinnen und -politikern toleriert die grüne Ratsfraktion keineswegs.

Wichtige Entscheidungen

Dazu zählt mit Sicherheit die Grundsatzentscheidung zum **Wohnungsbau** (siehe S. 7). Einstimmig wurde die Verwaltung mit der Ausschreibung der Trägerschaft für **das Filmhaus** beauftragt (siehe S. 1). Eine breite Mehrheit von SPD, GRÜNE, FDP, Linke und Oberbürgermeister stimmte für die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung zur Kooperation der Stadt Köln und des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) für die Errichtung und den Betrieb der **Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum**; während die Stadt den Museumskomplex baut, wird der LVR den Betrieb übernehmen.

Neubau Historisches Archiv

Das Historische Archiv soll mit dem Rheinischen Archiv auf dem städtischen Grundstück am Eifelwall gebaut werden. Die Verwaltung wurde nun mit der Entwurfsplanung beauftragt, die in einen Baubeschluss des Rates münden wird. Die Investitionskosten liegen jetzt bei 76,3 Mio. Euro und damit über 21

Mio. Euro niedriger als in der ursprünglich am 25.11.2010 vom Rat beauftragten Planung. Dafür stimmten im Rat SPD, GRÜNE, OB Roters und der „Freie Wähler“

Henseler gegen CDU, FDP, Linke und Rechtsextreme. Die angesichts der prekären Haushaltslage zwingende Kostenreduzierung bei Investition und vor allem späterem Betrieb war auch deshalb möglich, weil auf die Integration der Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) in den Archiv-Neubau verzichtet wird.

KMB bleibt

SPD und GRÜNE beschlossen das am 9. Juli 2013 eingetroffene verbindliche Kooperationsangebot der Universität Köln anzunehmen und die Verwaltung auf dieser Basis mit der Erstellung eines Trägerkonzepts für die Kunst- und Museumsbibliothek (KMB) zu beauftragen. Dabei soll die Gewinnung weiterer Kooperationspartner intensiv weiterverfolgt werden. Somit hat nun die KMB eine Zukunftsperspektive. Unbestritten ist sie eine wissenschaftliche Einrichtung von bundesweitem und sogar europäischem Rang. Allerdings wird sie bislang allein von der Stadt Köln getragen, obwohl dies nicht zu den originären Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge gehört. Im Oktober 2010 beabsichtigte der damalige Kulturbeigeordnete Georg Quander, die KMB als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung (1 Mio. Euro) zu schließen. SPD und GRÜNE lehnten dies ab und beauftragten die Verwaltung, z. B. durch eine Kooperation mit dem Land NRW und der Universität eine Schließung abzuwenden. Während das NRW-Wissenschaftsministerium eine Kostenbeteiligung ablehnte, erklärte sich nun die Kölner Universitätsleitung zu einer konkreten Unterstützung bereit.

Schulbauten beschlossen

Mit großer Mehrheit billigte der Rat die lange erwarteten Baubeschlüsse für sieben Kölner Schulen. Für sie wurden nun Haushaltsmittel in Höhe von 47 Mio. Euro freigegeben. Im Vorfeld wurde intensiv über die Energiestandards für Neubauten diskutiert. Die Stadtspitze wie auch die SPD-Fraktion glaubt in der Umsetzung der gesetzlichen Mindestanforderung anstelle eines erhöhten Standards dauerhaft finanzielle Einspa-



Foto: Stadt Köln

rungen erreichen zu können, während für die GRÜNE-Fraktion die Nachhaltigkeit von energiesparenden Bauweisen im Vordergrund stand. Rot-Grün einigte sich schließlich für die aktuellen Entscheidungen auf einen Kompromiss: 3 Schulen werden im höchsten Energiestandard „Passivhaus“ gebaut, 4 nach dem derzeitigen gesetzlichen Mindeststandard EnEV 2009 und eine nach dem sogenannten Kölner Standard, der zwischen EnEV 2009 und Passivhaus liegt.

Clouth-Ateliers

Bereits seit Oktober 2012 verhandelte „moderne stadt“ (49% Stadt, 51% SWK) mit der Künstlergemeinschaft „CAP Cologne“ über die Nutzung der Halle 29 anstelle der Halle 10. Die Halle 29 an der Niehler Straße hat den Vorteil, dass sie zeitlich rascher nutzbar wäre als Halle 10, die von vielen Baufeldern umgeben und zudem durch ihre Randlage für eine Nutzung mit Publikumsverkehr besser geeignet ist als Halle 10, die mitten im zukünftigen Wohngebiet liegt. Auf dem Grundstück der Halle 10 sollen laut B-Plan Wohnungen entstehen. Über die Finanzierung der Halle 29 besteht bislang keine Verständigung. Der Rat hat nun auf rot-grüne Initiative „moderne stadt“ einstimmig aufgefordert, die Halle 29 für eine dauerhafte Nutzung als Künstlerhaus vorzusehen. Das bedeutet, diese Halle wird unabhängig von einer Übernahme durch „CAP“ für Künstler-Ateliers veräußert. Der Rat hat aber zugleich „moderne stadt“ aufgefordert, mit „CAP“ über Kauf oder Erbpacht der Halle 29 zu verhandeln. „In diesem Fall gelten die Maßgaben aus dem Ratsbeschluss vom 14.12.2010 zur Sicherstellung der Haushaltsneutralität entsprechend fort.“, heißt es im jüngsten Beschluss. Der damalige Beschluss sah vor, die Halle 10 „CAP“ im unsanierten Zustand auf Erbpachtbasis mit Verpflichtung zu überlassen, sie auf eigene Kosten zu sanieren.

Ausführlichere Infos zu den Ratsentscheidungen: <http://www.gruenekoln.de/ratsfraktion/rat-im-rueckblick-vom-180713.html>

Entwicklungskonzept südliche Innenstadt

Der Traum vom Inneren Grüngürtel

Seit über zehn Jahren wird über die Vollendung des südlichen inneren Grüngürtels diskutiert. Etliche private Grundstücke schienen dieses städtebauliche Vorhaben zu blockieren. Als das Gelände der ehemaligen Dombrauerei an der Alteburger Straße von einem privaten Investor gekauft und als hochwertiges Wohngebiet unter dem Titel „Domgärten“ entwickelt wurde, blieb von dem Grünzug nur noch ein mickriger grünesäumter Fußweg übrig. Viele befürchten nun, dass ein Justizzentrum auf dem Areal gebaut werden soll.

Spekulation

Was der Stadt nicht gelang, schaffte der Immobilien-Entwickler Bauwens mit dem geschäftsführenden Gesellschafter Paul Bauwens-Adenauer. Bauwens kaufte zahlreiche Grundstücke auf und verkaufte das gesamte Areal wenig später zu einem überhöhten Preis an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes (BLB NRW). Gleichzeitig präsentierte der Stadtplaner Albert Speer in seinem vielbeachteten Masterplan für Köln den Vorschlag, auf diesem Areal einen neuen zentralen Fachhochschul-Campus zu errichten. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. Der Skandal flog auf. Der BLB musste später den Grundstückswert berichtigen.

Neue Chance

Zum Glück fand sich für die Realisierung des Fachhochschulbaus (FH) eine bessere Alternative am Standort Deutz: ein Segen für das Rechtsrheinische, aber auch für den südlichen Grüngürtel. Die erforderlichen Flächen für eine FH hätten kaum Raum für eine großzügige Grünanlage übrig gelassen. Kaum war die FH-Planung in Deutz unter Dach und Fach und rückte damit die Chance für ein neues gemischtes städtisches Quartier am inneren südlichen Grüngürtel in greifbare Nähe, wurden neue Pläne des BLB öffentlich.

Justizzentrum?

Der BLB überlegt, das Justizzentrum von der Luxemburger Straße in die Südstadt zu verlagern. Der alte Justiz-Standort ist dringend sanierungsbedürftig, aber bis heute ist nicht klar, ob am Altstandort saniert oder ein Neubau geplant wird. Auch ist die Größe eines neuen Justizzentrums ungeklärt. Die Aufregung in der Südstadt und im angrenzenden Bayenthal ist groß. Berechtigterweise hoffen doch die Menschen, dass die beiden Stadtteile durch ein lebendiges, gemischtes und urbanes neues Wohn-

quartier zusammenwachsen und eine attraktive Grünverbindung bis zum Rhein geschaffen wird. Je länger sich die Landesregierung bedeckt hält, umso mehr wächst die Unruhe. Inzwischen wird die Kommunalpolitik von Bürgervereinen und -initiativen aufgefordert, von ihrem ureigensten Recht auf Planungshoheit Gebrauch zu machen, um so die Absichten des Landes rundweg zu durchkreuzen.

Stadt und Land

Bislang war es politisch guter Brauch, sich zwischen Stadt und Land im gegenseitigen Einvernehmen über Maßnahmen zu einigen, die einen großen Einfluss auf die Stadtentwicklung haben. Beide Seiten sind schließlich immer wieder aufeinander angewiesen. Des-



Foto: Oliver Mostert

halb verfolgt die GRÜNE Ratsfraktion einen ähnlichen Weg wie bei der erfolgreichen FH-Planung. Die GRÜNEN suchen nach einer akzeptablen Alternative für ein neues Justizzentrum, die im günstigen Fall auch noch geeigneter als eine Verlagerung an die Alteburger Straße ist.

Alternativen

Inzwischen werden bereits Alternativen geprüft. Dies dauert aber manchen viel zu lange.

In den letzten Jahren war mehrfach zu erleben, dass Vorhaben, die zunächst als alternativlos galten, sich nach Prüfung an einem anderen Standort viel unkomplizierter realisieren ließen.

Deshalb ist auch dieses Mal Geduld gefragt, die Prüfung von Alternativen abzuwarten. Es ist erfreulich, dass dafür auch die CDU am 11.7. im Stadtentwicklungsausschuss überzeugt werden konnte. Die Landesregierung ist über den breiten Widerstand der Menschen im Kölner Süden informiert und wird auch deshalb Alternativen ernsthaft prüfen. *Barbara Moritz*

Grüner Wechsel



Nach 15jähriger Tätigkeit im Rat legt **Gabriele Schlitt** ihr Ratsmandat nieder. Die engagierte grüne

Kommunalpolitikerin hat sich mit Verve und Kompetenz vor allem in der Kinder- und Jugendpolitik engagiert und war bis 2009 fachpolitische Sprecherin der grünen Ratsfraktion. Sie hat maßgeblichen Anteil am Ausbau der Schulsozialarbeit, der offenen Ganztagschule, der Übermittagsbetreuung und der Stärkung der Mädchenarbeit. Sie hat darauf geachtet, dass der Kinder- und Jugendbereich trotz permanenter Haushaltskrise und Einsparanforderungen stabil finanziert ist. Dass der Kinder- und Jugendbereich bei den Haushaltsverhandlungen der letzten Jahre nie zu den Verlierern gehörte, ist auch ihr Verdienst. Bei der Kommunalwahl 2009 gewann Gaby Schlitt das Direktmandat im Wahlbezirk Klettenberg.

Die grüne Ratsfraktion dankt ihr für ihr hochmotiviertes und kompetentes Engagement und wünscht ihr alles Gute für ihre Zukunftspläne, zu denen eine Weltreise gehört, die sie in Kürze antritt.



In der Rats-sitzung am 18. Juli rückt **Lino Hammer** als Ratsmitglied nach. Der in Duis-

burg geborene und in Essen aufgewachsene 26jährige lebt seit 13 Jahren in Köln und wurde bereits von der grünen Ratsfraktion als sachkundiger Einwohner in den Verkehrsausschuss berufen. Zusätzlich wurde er zum stellvertretenden Mitglied des Jugendhilfeausschusses gewählt.

Der bisherige Stellvertreter **Stefan Peil** gibt sein Mandat nach über 26jähriger Arbeit im Jugendhilfeausschuss ab.

Svenja Rabenstein, Dipl. Pädagogin und Fachfrau für Kinder- und Jugendpolitik, wurde als sachkundige Bürgerin in den Jugendhilfeausschuss gewählt, wo sie den Platz von Gaby Schlitt einnimmt.

Verteilungskampf



Foto: lichtkunst73 / pixelio.de

Die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege – darunter AWO, Caritas, Diakonie und Der Paritätische - erhalten jährlich einen Haushaltszuschuss für ihre Arbeit als Spitzenverband. Mit diesen sogenannten Globalmitteln finanzieren sie ihre Geschäftsstellen, die wichtige Koordinierungs-, Beratungs- und Steuerungsleistungen für die Stadt und die jeweiligen Mitgliedsorganisationen erbringen.

Die Höhe und die Verteilung der Zuwendungen hatten bislang den Charakter, der in Köln liebevoll als ‚historisch gewachsen‘ bezeichnet wird. Infolge des Haushaltsbeschlusses 2013/2014 wurden die Globalmittel stark gekürzt. Zwar haben wir GRÜNEN die von der Verwaltung vorgeschlagene Kürzung von 75% auf 50% abgemildert, aber auch diese Kürzung bedeutet einen großen Einschnitt. Gleichzeitig haben SPD und GRÜNE beschlossen, sich von den historisch gewachsenen Zuwendungssummen zu verabschieden und leistungsorientierte Zuschüssen einzuführen.

Die nun geplante Verteilung der Globalmittel ab 2014 sieht vor, dass alle vier großen Spitzenverbände AWO, Caritasverband, Diakonisches Werk und Der Paritätische Zuwendungen in

gleicher Höhe erhalten. Sie erbringen alle eine vergleichbare Leistung für die Stadt. Somit ist diese Umverteilung gerechtfertigt, auch, wenn vor allem der Verband, der früher von der „historisch gewachsenen Verteilung“ am meisten profitierte, nun aufbegehrt. *kj*

Sozialer gestaffelt



Foto: Oliver Mostert

Die grüne Ratsfraktion setzt sich konsequent dafür ein, dass jedes Kind das Recht auf bestmögliche Förderung hat und die optimalen Bedingungen zur Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit bekommt. Erster Lebens- und Lernort außerhalb der Familie sind die Kindertagesstätten. Aus grüner Sicht soll ihre Nutzung in der Zukunftsperspektive grundsätzlich - als Teil des Bildungssystems - kostenfrei sein. Angesichts der sehr schwierigen Finanzlage der Stadt Köln haben für GRÜNE allerdings Maßnahmen im Bereich der Qualitätssicherung Priorität. Deshalb haben die GRÜNEN eine weitere Differenzierung der Beträge bei den einkommensstarken Eltern vorgeschlagen.

Wichtiges Ziel ist dabei, dass Kinder, deren Eltern ein sehr geringes Einkommen haben, weiterhin die Kita kostenlos besuchen können. Allerdings bedeutet dies auch, dass Menschen, die sehr gut verdienen, höhere Elternbeiträge zah-

len müssen. In der bisherigen Satzung endete die Differenzierung der Einkommen bei 61.355 € Jahreseinkommen. Alle Einkommen darüber mussten gleich hohe Beiträge entrichten. Um hier genauer zu differenzieren, billigte der Rat nun die Einführung von zwei weiteren Einkommensstufen - bis 100.000 € und über 100.000 €. Dadurch ist mit jährlichen Mehrerträgen von knapp 500.000 € zu rechnen. Einnahmen, die dringend zum Erhalt wichtiger kommunal freiwilliger Leistungen für Kinder, Jugendliche und Bildung gebraucht werden. *kj*

Alternative Trasse



Foto: Oliver Mostert

Zum Anschluss ihres neuen Niehler Gaskraftwerkes (GuD Niehl III) an das Höchstspannungsstromnetz hatte RheinEnergie eine 380-kV-Erdkabel-Trasse unter dem Niehler Damm geplant. Da die Belastung durch die magnetischen Felder an den Außenwänden der angrenzenden Wohnhäusern mit 3 Mikro-Tesla deutlich unter dem zugelassenen Grenzwert von 100 Mikro-Tesla gelegen hätten, sahen die Planenden darin kein Problem. Doch die Anwohnenden sahen das anders. Für sie war nicht erwiesen, dass davon nicht doch ein erhöhtes Leukämie-Risiko für Kinder ausgeht.

In Bürgerversammlungen, die das Vorhaben kontrovers diskutierten, erklärten die Vertretung der GRÜNEN aus Rat und Bezirksvertretung Nippes, sich für einen alternativen Trassenverlauf einzusetzen, falls dies machbar sei.

Die RheinEnergie ließ zwei von den Anwohnenden vorgeschlagene Alternativtrassen prüfen. Eine davon - westlich der Industriestraße - stellte sich nun als technisch machbar heraus. Trotz deutlicher Mehrkosten entschlossen sich Vorstand und Aufsichtsrat der RheinEnergie AG aus Rücksicht gegenüber dem Anliegen der Anwohnenden für diese neue Trassenführung. Damit kam die anfänglich schwierige Diskussion doch noch zu einem guten Abschluss.

Es zeigte sich somit aber auch erneut, dass es nicht gleichgültig ist, wer die Stromversorgung in einer Stadt betreibt. Nur bei Versorgungsunternehmen in kommunaler Hand, können Bürgerinnen und Bürger wie die Kommunalpolitik in dieser Weise erfolgreich Einfluss nehmen. *gd*



Foto: Ignatz Igel

Kaum ist ein Innenstadtplatz wiederhergestellt, drängen Geschäftemacher darauf, ihn kommerziell zu bespielen. So auch am Chlodwigplatz, für den sich nun Weihnachtsmarktbetreiber interessieren. Als gäbe es nicht mehr als genug Weihnachtsmärkte in der City.

Gemeinsame Ratsinitiative

Wohnungsbau in Köln voranbringen

Schwierige Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen und politische Konstellationen. Was noch vor einiger Zeit undenkbar war, ist nun im Rat am 18.7. gelungen. SPD, GRÜNE und CDU verständigten sich auf eine gemeinsame Initiative zur Bereitstellung und Entwicklung von Flächen für den Wohnungsbau in Köln. In Köln herrscht Wohnungsmangel – insbesondere preiswerter Wohnraum fehlt. Die Prognosen deuten darauf hin, das Köln um bis zu 100.000 Einwohnende wachsen wird. Wohnungsbau-Flächen sind dann erst recht zwingend gefragt. Auch die aufgrund des demografischen Wandels wachsende Nachfrage nach senioren-gerechten Wohnungen stellt die Stadt vor große Herausforderungen.

Der gemeinsame Beschluss von SPD, GRÜNE und CDU beinhaltet folgende Ziele und Aufträge:

- unverzüglich Flächen für den Wohnungsbau weiterzuentwickeln und baureif zu machen
- die Innenentwicklung der Außenentwicklung vorzuziehen
- die Entwicklung mindergenutzter Flächen
- die aktive Schließung von Baulücken
- Nachverdichtung in bestehenden Siedlungseinheiten durch aktive Beratung z.B. von Genossenschaften
- Aufstockung und Erweiterungsmöglichkeiten im Innenhofbereich, Aufstockung oder Aufbau von Dachgeschossen
- flächensparende Bauweise im Einfamilienhausbau
- die Kombination von Gewerbe- und Wohnnutzung in Mischgebieten, z. B. Lärmschutzriegel durch Gewerbenutzungen und dahinter liegender Wohnnutzung z. B. Studentenwohnungen in Kalk zwischen Odysseum



Foto: Oliver Mostert

- und Polizei-Parkplatz
- Umnutzung nicht mehr nutzbarer Büroflächen in Wohnraum
- die Arrondierung von Ortsrändern
- den besonderen Bedarf der in Köln Studierenden zu erheben und einen Vorschlag für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studenten in enger Kooperation mit dem Studentenwerk zu erarbeiten, verstärkte Förderung der flächensparenden Form von Wohngemeinschaften
- mit dem Umland insbesondere die Entwicklung interkommunaler Gewerbe- und Industriegebiete voranzubringen, da nicht alle gewünschten Nutzungen auf Kölner Stadtgebiet erfolgen können
- durch Ausschöpfen der Möglichkeiten zur Verfahrensbeschleunigung, z.B. Genehmigung nach § 34 BauGB statt Bauleitplanverfahren, sowie die projektweise Einrichtung einheitlicher Ansprechpartner für Investoren die Genehmigungs- und Planungsverfahren für den Wohnungsbau zu beschleunigen
- um die Eignung von Flächen festzustellen, soll die Verwaltung folgende Kriterien berücksichtigen: ÖPNV Erschließung, Dichte der Umgebungsbebauung, soziale Infrastruktur, Nahversorgung und Grünversorgung
- Prüfung von als allgemeiner Siedlungsbereich ausgewiesenen Flächen im Regionalplan für Wohnungsbau, die in der kommunalen Bauleitplanung jedoch noch nicht als Wohnbauflächen entwickelt wurden.

red

FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: 0221 / 22125919 oder 22125920

E-Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Öffnungszeiten: mo bis fr 9 – 12 Uhr; mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr

Fraktionsvorstand: Vorsitzende: **Barbara Moritz**; 1. stellv. Vorsitzender u. Geschäftsführer: **Jörg Frank**; 2. stellv. Vorsitzende: **Birgitta von Bülow**; Vorstandsmitglieder: **Kirsten Jahn, Andreas Wolter und Bürgermeisterin Angela Spizig.**

Fraktionssitzung (Mittwochskreis):

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spanischen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

BÜRGERMEISTERIN

Angela Spizig

Tel.: 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

Mail: angela.spizig@stadt-koeln.de

Referent: Christoph Goormann

Mail: christoph.goormann@stadt-koeln.de

ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

Bauen:

Finanzen:

Frauen:

Gesundheit:

Jugendhilfe:

Kultur:

Liegenschaften:

Rechnungsprüfung:

Schule & Bildung:

Soziales:

Sport:

Stadtentwicklung:

Stellenplan/Personal:

Umwelt:

Verkehr:

Verwaltung:

Wirtschaft:

Queer-AK:

Gerd Brust

Jörg Frank

Kirsten Reinhardt

Stefan Peil

Kirsten Jahn

Brigitta von Bülow

Manfred Richter

Manfred Waddey

Horst Thelen

Ossi Helling

Elisabeth Thelen

Barbara Moritz

Brigitta von Bülow

Matthias Welpmann

Bettina Tull

Andreas Wolter

Jörg Frank

Andreas Wolter

& Elke Hausner

Impressum

Herausgeberin/Verlegerin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555

Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Redaktion: Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz

Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe:

örg Frank (jf), Ossi Helling (oh), Ignatz Igel (ii), Kirsten Jahn (kj), Barbara Moritz (bm), Brigitta von Bülow (bb), Matthias Welpmann (mw), Andreas Wolter (aw).

Realisation: Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,

Bezug: kostenlos

Erscheinungsweise: 10 mal jährlich

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.07.2013

Die nächste Ausgabe erscheint am 01.10.2013

Rathaus Ratlos im Internet

www.gruenekoeln.de ,

Technische Realisation: Regina Kobold

E-mail: regina.kobold@stadt-koeln.de

ABO?

Rathaus Ratlos KOSTENLOS!

Es gibt zwei Möglichkeiten:

1. **E-Mail an gruene-fraktion@stadt-koeln.de**

2. **oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln**

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.



Foto: Ignatz Igel

Platzkonzept

Bewährtes weiter entwickeln

Das „Vergabekonzept für Veranstaltungen auf zentralen Plätzen der Kölner Innenstadt“ soll bis 2018 verlängert werden. Darüber hat der Verwaltungsausschuss (AVR) am 16.07.2013 entschieden. Das maßgeblich von den GRÜNEN initiierte Konzept hat sich grundlegend bewährt. Durch klare Regelungen konnten die häufigen Beschwerden von Anwohnenden deutlich reduziert werden. Auch Besucherinnen und Besucher der Plätze äußern sich positiv. Besseres Niveau und „weniger Ballermann“ tut der Innenstadt gut. Die Vielzahl der deutlichen Beschwerden über das im letzten Jahr durchgeführte Altstadtfest belegen dies eindrucksvoll.

Deshalb möchte die grüne Ratsfraktion auch am bestehenden Vergabekonzept festhalten und sieht keinen Bedarf für wesentliche Änderungen. Nach den enormen Belastungen durch den U-Bahnbau hat die Altstadt einen Anspruch darauf,

nun durch zu atmen. Gute Aufenthaltsqualität auf den Plätzen ist möglich, ohne sie mit vielen Veranstaltungen zu belegen. Für den Neumarkt besteht sicherlich noch der meiste Nachholbedarf.

Für die nach dem Vergabekonzept zulässigen Veranstaltungen wollen die GRÜNEN weiterhin Qualitätssteigerungen durchsetzen und die Transparenz der Vergabe solcher Veranstaltungen weiter erhöhen. Für alle Veranstaltungen gilt, dass die Interessen der ansässigen Geschäftsleute und Anwohnenden erheblich mehr Gehör finden müssen. Die Passierbarkeit der Plätze für Fußgänger und Fußgängerinnen und Radfahrer und Radfahrerinnen muss auch bei Veranstaltungen - insbesondere auch auf dem Rudolfplatz - gewährleistet sein. Die zu hohe Anzahl der Info- und Werbeveranstaltungen auf Neumarkt und Rudolfplatz wollen die GRÜNEN reduzieren.

Andreas Wolter

Termine

Donnerstag, 19. August, 16 Uhr

Grüner Wahlkampfauftakt mit Katrin Göring-Eckart
Schildergasse

Sonntag, 22. September, 18.30 Uhr

Bundestagswahl 2013
Kölner Wahlergebnisse
Rathaus, Rathausplatz

Dienstag, 1. Oktober, 15.30 Uhr

Ratssitzung
Rathaus, spanischer Bau

Dienstag, 1. Oktober, 19.00 Uhr

Sanierung von Oper und Schauspielhaus der Architektur Köln
hdak-Kubus, Josef-Haubrich-Hof

Postvertriebsstück G 7006 Entgelt bezahlt

Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Ratsreporter Ignatz Igel



Aufgespießt

Wichtige und spannende Entscheidungen gab es in der letzten Ratssitzung vor der Sommerpause. SPD und GRÜNE setzten sie professionell und geschlossen durch. Archäologische Zone, Historisches Archiv, KMB, Filmhaus und Clouth-Ateliers – bei soviel positiven Kultur-Investitionen ging fast unter, dass auch politische Hartnäckigkeit zum Erfolg führt.

Die Sanierung des Orchesterprobenzentrums an der Stolberger Straße wird durch Umplanung im Innenausbau ca. 370.000 Euro preiswerter. Die GRÜNEN hatten im Dezember 2012 auf Kostenreduzierung gedrängt. SPD und GRÜNE gaben trotz dem üblichen CDU/FDP-Gemecker die damalige Beschlussvorlage an die Verwaltung zurück. Das war gut so!

Ein weiterer Erfolg ist, dass der Berechtigtenkreis für den Bezug von kostenlosen bzw. ermäßigten Karten bei den Bühnen nun eingeschränkt wurde. Auch das billigte der Rat. SPD und GRÜNE hatten bei den jüngsten Haushaltsberatungen am 12. April 2013 eine Überprüfung des bisher üblichen Verfahrens beschlossen. Die Bühnenleitung handelte prompt.

Erstmals seit langer Zeit wurde der Wirtschaftsplan der städtischen Bühnen für 2013/14 ohne Beanstandung und Kritik im Finanzausschuss und im Rat geräuschlos beschlossen. Die Bühnenleitung hat inzwischen trotz unvermeidlicher Konsolidierungserfordernisse die Finanzlage in den Griff bekommen. Ein Jahr danach beweist sich, wie bitter notwendig es war, dass SPD und GRÜNE trotz der massiven Widerstände ihren Vorgänger Uwe Eric Laufenberg vor die Tür setzten. Glückwunsch vor allem an die neue Bühnen-Intendantin Birgit Meyer, deren Vertragsverlängerung GRÜNE wie SPD befürworteten. Sie fand nach dem Rauschmiss ihres Vorgängers ein wirtschaftliches Desaster vor, das die Bühnen noch länger belasten wird. Die Häme des ein oder anderen Feuilleton-Schreibers über sie ist völlig unangebracht. Der Begriff kommt übrigens aus dem Französischen und bedeutet „Blättchen“. Nomen est omen!